Nr. 75 XXVIII. Jahrgang

Donnerstag, 18. März 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13826, 13838, 13897, 17109. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreise
Grundzeile, 82 mm breit, M. 1.80, für das Ausland M. 10.—, Reklamezeile, 82 mm breit, M. 5.—, mit Platzvorschrift M. 6.— (für das Ausland M. 25.—). Bei Ziffer- oder Nachweis 10 v. H. Gebührerhöhung. Briefgebühr für Nachlaßanzeigen 20 Pf. Gebührermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise
Bei freier Zustellung durch Boten monatlich M. 4.70, vierteljährlich M. 8.85. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 3.75, vierteljährlich M. 8.25, ausschließlich Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Einzelangaben in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1.40, nach dem Auslande wöchentlich M. 1.—. Preis für die Einzelnummer 20 Pf.

Kapp und Lüttwitz gestürzt!

Drohende Gefahren für die Reichseinheit — Ein Koalitionsministerium in Bayern — General Groener und die Reichsminister über die Lage

Die Verworrenheit nähert sich dem Gipfelpunkt. Das Unheil, das der verbrecherische Bubenstreich der Kapp und Lüttwitz angerichtet hat, läßt sich in seiner Auswirkung schon kaum mehr übersehen. Dabei drängt sich einem das Wort Talleyrands auf, das er bei der menschlichen Erschießung des Herzogs von Enghien auf Napoleons Alleinbefehl prägte: „C'est plus qu'un crime, c'est une faute." Weil die Unsinnigkeit der Handlungsweise der Berliner Putschisten fast noch größer ist, als das Verbrecherische ihrer Aufwiegelung. Man sucht vergebens sich in die Gedankenwelt dieser Leute zu versetzen und kann sich den Streich selbst aus ihrem Bereich nur so erklären, daß sie Deutschland überhaupt nicht kennen. Es sind Leute, in deren Kreis früher die Berufung eines Königsberger Assessors irgendwo an den Rhein als Strafversetzung galt. Sie haben so wenig, wie seinerzeit die Friedensmöglichkeiten 1916 und 1917, jetzt begriffen, wie es in Deutschland aussieht. Ihr politischer Käsekuchenhorizont hört etwa in Stargard nach Westen zu auf. Da hat man sich nun gegenseitig erbittert gegen das andre Deutschland außerhalb Ostpreußens, nur Unzufriedene und Ci-devants gezüchtet, die Entwicklung in radikalere Bahnen, die schon deutlich begonnen hatte, gar nicht bemerkt und geglaubt, mit einem Handstreich alles nach den Sonderwünschen dieser Minderheit richten zu können. „Das ist noch schlimmer als ein Verbrechen, es ist ein Fehler."

Die Herren betreiben seit gestern abend eine Vogel-Strauß-Politik. Niemand, vor allem die Presse nicht, soll erfahren, wie es um sie steht. Aber indem man das Telephon für die Presse in Berlin drosselte, konnte man doch nicht alle Kanäle stopfen, und so erfahren wir zuverlässig, daß die Unabhängigen am Dienstag morgen bereits der „Regierung" Kapp ein Ultimatum gestellt haben, bis spätestens 9 Uhr zurückzutreten, widrigenfalls der Sturm auf das Zentrum Berlins beginne.

Diese Meldung wird uns aus Stuttgart bestätigt. Wir wissen in dem Augenblick, da diese Zeilen geschrieben werden, noch nicht, was seit gestern abend 9 Uhr in Berlin vor sich gegangen ist. Wohl aber steht fest, daß Lüttwitz völlig zusammengebrochen ist, Kapp und seine Gehilfen schon am Nachmittag sich in völliger Ratlosigkeit befanden.

Dabei wächst die Gefahr der Zerstückelung Deutschlands. Kommt es in Berlin zum Bürgerkrieg, so ist mit dem Abfall Bayerns vom Reiche zu rechnen. Ebenso steht es um das Rheinland und Hannover. Ueberall ist man der ewigen Berliner Unruhen überdrüssig. Eine Regierung Cohn-Däumig und ein Putsch von der extremen Linken würde genau so als Sprengstoff wirken wie der Kappstreich.

Wenn jetzt nicht alle besonnenen Kräfte zusammenhalten, um das Schlimmste zu verhüten, dann kommt es mit Riesenschritten. Dann haben wir den Bürgerkrieg im Norden, den Abfall von Ostpreußen und ganz Süd- und Westdeutschland, dann das Ende Deutschlands. Und Clemenceau kann sich die Hände reiben.

Noch geben wir die Hoffnung nicht auf und rechnen fest auch mit den staatsmännisch denkenden Köpfen in den Reihen der Unabhängigen, die sich doch sagen müssen, daß eine Räuberwirtschaft in Deutschland unmöglich ist, im ganzen Süden und Westen von vornherein die Ablehnung gegen den Norden hervorrufen würde. Die Volksernährung ist schon durch die Desperado-Versuche dieser Art in einzelnen radikalsüchtigen Orten schwer gefährdet, sie wird alsbald stillstehen, wenn man die Gewaltpolitik der Kappisten von der andern Seite her mit gleichen Waffen erwidert.

Wir brauchen Ruhe, sofortige Wiederkehr geordneter, verfassungsmäßiger Zustände. Die Herrschaft des Schießprügels ist so oder so unmöglich. Nie war die Gefahr einer Reaktion geringer, als nach diesem Zusammenbruch der Kapp, Lüttwitz und Genossen. Nun soll man sie nicht als Popanz ein Scheinleben weiterleben lassen. Und wir brauchen das ganze Deutschland, wenn Deutschland leben soll.

*

Das Ultimatum in Berlin

G. Stuttgart, 17. März. (Eig. Drahtbericht.) Dem „Schwäbischen Merkur", das einzige Blatt in Stuttgart, das infolge des Generalstreiks erscheint, ist in später Nachtstunde folgende Meldung aus Berlin zugegangen: Die Führer der Unabhängigen und Kommunisten haben der Regierung Kapp heute nachmittag ein Ultimatum gestellt, wenn die Regierung Kapp bis abends 9 Uhr nicht zurücktrete, beginne der Generalsturm. Sie erklärten, daß ihnen 18 000 Bewaffnete zur Verfügung ständen. Unter dem Eindruck dieser Mitteilung wurde mit Kapp über seinen Rücktritt verhandelt. Minister Schiffer hat sich darauf in die Reichskanzlei begeben und führt die Geschäfte als Vizekanzler weiter.

*

Kapp und v. Lüttwitz zurückgetreten

× Frankfurt a. M., 17. März. Die „Frankf. Ztg." meldet aus Berlin: Auf Grund der im Reichstagsgebäude geführten Verhandlungen haben Kapp und v. Lüttwitz, dieser nach längerem Schwanken, sich zum bedingungslosen Rücktritt bereit erklärt. Die Regierung ist dem Vizekanzler Schiffer übergeben worden. General v. Hülsen hat im Namen der Regierung Bauer die Führung der Truppen übernommen. Vorher waren die unabhängigen Abgeordneten Cohn und Däumig in der Reichskanzlei erschienen und hatten namens der in den Arbeitervierteln ausgerufenen Räterepublik ein Ultimatum überreicht, daß die bewaffneten Arbeiter, wenn bis 9 Uhr abends die Truppen nicht zurückgezogen seien, zum Angriff schreiten würden. Unter dem Eindruck dieser Nachrichten haben Kapp und v. Lüttwitz Bedingungen für ihren Rücktritt gestellt, in erster Linie Amnestie. Die Verhandlungen dauern noch an. Die Arbeiter in Weißensee, Reinickendorf und Spandau haben sich bewaffnet. Es sind blutige Ereignisse zu erwarten. Weiter meldet die „Frankf. Ztg." von 10 Uhr 45 Min. abends aus Berlin: Die Vorgänge im Laufe des Dienstags nachmittag haben sich folgendermaßen abgespielt:

Um 4 Uhr sind die Unterstaatssekretäre mit den Mitgliedern des Reichsrates im Reichstagsgebäude zusammengetreten. Von der „neuen Regierung" waren erschienen die Generale v. Lüttwitz, v. Klewitz, früher Generalstabschef des Generalobersten v. Einem, und General v. Hülsen. Die Unterstaatssekretäre stellten den Generalen nochmals den Ernst der Lage vor Augen und machten auf die bevorstehende Katastrophe aufmerksam. General v. Lüttwitz lehnte zunächst jedes Entgegenkommen ab, während von Kapp bekanntgegeben wurde, daß er seine Stellung bereits als verloren betrachte und die Generale v. Klewitz und Hülsen, die beide Gegner des Anmarsches der Baltikumtruppen gewesen waren, und sich am Sonnabend bereit erklärt hatten, mit Waffengewalt gegen die Baltikumtruppen vorzugehen, zur Verständigung bereit waren.

Um 6 Uhr erschienen die Generale v. Klewitz und v. Hülsen wieder im Reichstage und teilten mit, daß General v. Lüttwitz zurückgetreten sei. Die Truppen stehen unter dem Befehl des Generals von Hülsen, der nicht mit dem General v. Hülsen in Hannover zu verwechseln ist, der sich für die Regierung Kapp erklärt hat. Der Berliner General v. Hülsen hat versichert, daß er die Regierung Bauer verteidigen werde. Die nächste Entwicklung läßt sich noch nicht übersehen, da von den militärischen Stellen erklärt wurde, eine sofortige Zurückziehung der Truppen aus den Arbeitervierteln werde sich schwer bewerkstelligen lassen.

*

Rücktritt der bayrischen Regierung

× **München, 16. März.** Der bayrische Landtag ist heute vormittag 11 Uhr zu einer kurzen Sitzung zusammengetreten, um den Rücktritt der bisherigen Regierung entgegenzunehmen. Präsident Schmidt gab den fast vollzählig erschienenen Abgeordneten ein vom 14. d. M. datiertes Schreiben des Ministerpräsidenten Hoffmann bekannt, in dem der Rücktritt der gesamten Regierung mitgeteilt wird. Unmittelbar darauf beantragte der Abg. Speck (Bayr. Volksp.) die Vertagung der Sitzung auf nachmittags 5 Uhr, für welche Zeit die Wahl des neuen Ministerpräsidenten in Aussicht genommen ist. Die Vertreter der übrigen Parteien Timm (Soz.), Habermann (Dem.), Eisenberger (Bayr. Bauernbund) und Dr. Hilpert (Mittelpartei) erklärten sich mit diesem Vorschlage einverstanden. Präsident Schmidt gab darauf noch folgende Erklärung ab:

Das Oberkommando übernimmt alle und jede Garantie, daß für heute und die folgende Zeit von keinem Truppenteile der Münchner Garnison ein Sturz des Landtages beabsichtigt sei. Damit war die Sitzung beendet. Auf der Zuhörertribüne bemerkte man auch Dr. Heim. Die ganze Umgebung des Landtages war militärisch stark gesichert.

*

Ein Koalitionsministerium

-l- **München, 17. März. (Eig. Drahtbericht.)** Nachdem gegen 10 Uhr wurde nach langen Besprechungen mit den Fraktionen die Landtagssitzung wiederaufgenommen. Präsident Schmidt verlas folgende Erklärung: „Zwischen dem neugewählten Ministerpräsidenten Dr. v. Kahr und den Vertretern der Fraktionen der Bayrischen Volkspartei, der Mehrheitssozialisten, der Deutschen Demokratischen Partei, des Bayrischen Bauernbundes und der Bayrischen Mittelpartei ist folgende Erklärung vereinbart worden: 1. Auf Grund einer Verordnung wurde die Vollzugsgewalt nach der Aenderung vom 4. November 1919 durch die Ernennung eines Staatskommissars der Zivilverwaltung zurückgegeben. 2. An der Reichs- und Landesverfassung soll unverbrüchlich festgehalten werden. 3. Jedem Versuch, welcher im Widerspruch mit den Verfassungsbestimmungen steht, und der in die Tätigkeit der Regierung oder des Landtages — sei es von rechts oder von links — eingreift, wird mit allen Mitteln entgegengetreten. Verfehlungen werden der Bestrafung zugeführt. 4. Die volle Koalitionsfreiheit ist den Beamten, Arbeitern und Angestellten nach wie vor uneingeschränkt zugesichert und wird von der Regierung geschützt. Darauf schlug der Ministerpräsident nach Vereinbarungen der Fraktionen des Landtages folgende Ministerliste vor: Ministerpräsident und Ministerium des Innern: Dr. v. Kahr, Kultusministerium: Ministerialdirektor Matt, Justizministerium: Dr. Müller, Handelsministerium: Hamm, Sozialministerium: Staatsrat Oswald, Landwirtschaftsministerium: Wutzlhofer. Bezüglich des Verkehrsressorts ist man mit dem bisherigen Minister von Frauendorfer in Verbindung getreten. Die Ministerliste ist vom Hause ohne Kundgebung entgegengenommen worden und Präsident Schmidt stellte fest, daß Einwendungen von seiten des Hauses gegen diese Liste nicht erfolgt seien.

*

Eine warnende Stimme aus Paris

ITA. Köln, 17. März. (Eigener Drahtbericht)

Unter der Ueberschrift „Die Warnung aus Paris" veröffentlicht die „K. Z." einen Bericht ihres Sonderberichterstatters in Paris, in dem es u. a. heißt:

Das deutsche Volk, das man wieder einmal gegen seinen Willen in ein politisches Abenteuer hineingezogen hat, muß in dieser Stunde wissen, wohin es von Leuten, die die Folgen ihrer Handlungen nicht übersehen können, geführt wird. Gegenüber dem, was es jetzt erwartet, scheint die Niederlage vom November 1918, scheinen die Waffenstillstands- und die Friedensbedingungen ein Kinderspiel zu sein. Die Pariser Morgenpresse betrachtet die Verständigung zwischen Kapp-Lüttwitz und Ebert-Bauer als eine Tatsache. Der „Matin" und mit ihm andre Blätter behaupten, man habe eine erbärmliche Komödie gespielt. Leute zweiten Ranges hätten im Auftrage von Größeren, Mächtigeren (!), die wohlweislich hinter den Kulissen blieben, ein Theaterspiel aufgeführt. Nach Ansicht Tardieus ist der Staatsstreich von Berlin die Antwort auf die Politik der Schwäche und des Schwankens, die die verbündeten Regierungen in den letzten beiden Monaten betrieben haben. Tardieu glaubt, daß das Unheil vielleicht doch zu etwas gut sei, denn die Verbündeten müßten jetzt einsehen, wozu es führe, wenn man die versöhnende Hand darbiete. Clemenceaus Politik sei die richtige gewesen. Gebe es im Augenblick jemand, der das bestreiten könne? Tardieu zieht die Schlußfolgerung daraus und erklärt, Deutschland sei in Revolution, bis es entwaffnet sei. Der Wiedergutmachungsausschuß müsse unbarmherzig seine Aufgabe verfolgen und, wenn es notwendig sei, müsse man sich Faustpfänder sichern, dann werde man wenigstens die Kohlen erhalten.

Wird man nun in Deutschland merken, was auf dem Spiele steht? Die letzten Tage haben uns ja gezeigt, daß die Männer des Verbandes, die die wahre Lage Europas und insbesondere Deutschlands erkannt und die Notwendigkeit der Verständigung eingesehen haben, eine verschwindende Minderheit bilden. Ihnen hat Herr Kapp jede Tätigkeit unmöglich gemacht, denn durch seine Tat hat er die Militaristen in den Verbandsländern gestärkt. Das Zurückweichen der alten Regierung vor der Reaktion wäre ein Unglück für ganz Deutschland. Das setzt sich in Frankreich, und es unterliegt auch keinem Zweifel, daß es den Franzosen gelingen wird, die Engländer von der Zweckmäßigkeit ihres Standpunktes zu überzeugen.

Hoffentlich hat, so meint der Sonderberichterstatter der „Kölnischen Zeitung", die vorläufige Bekanntgabe eines angeblichen Kompromisses der verfassungsmäßigen Reichsregierung mit den Gegenrevolutionären dazu gedient, uns noch rechtzeitig die Augen zu öffnen. Gerade von Paris aus muß, wer es ehrlich meint, seine warnende Stimme erheben.

*

Reichsminister zur Lage

Von unserm nach Stuttgart entsandten G.-Mitarbeiter

Stuttgart, 17. März. (Eigener Drahtbericht)

Unser Sonderberichterstatter in Stuttgart hatte Gelegenheit, mit Mitgliedern der Reichsregierung über die Auffassung der Regierung über die Gesamtlage zu sprechen. Reichsminister Dr. Bell gab seiner Ansicht über die Gesamtlage dahin Ausdruck, daß sie für die verfassungsmäßige Regierung als günstig anzusprechen sei. Schon heute stehe fest, daß das deutsche Volk in seiner erdrückenden Mehrheit den Hochverrat der Kappregierung ablehne. Die Kappregierung ist eine militärische Clique mit Machthunger, die keinerlei Stützen aufweist. Selbst die Blätter der äußersten Rechten sind von der Kappregierung und den hinter ihr stehenden Hochverrätern nicht sehr erbaut. Auch die Rechtsparteien wissen, daß, falls es der Regierung nicht gelingen würde, in kürzester Zeit des Aufruhrs Herr zu werden, nicht sie ans Ruder kämen, sondern eine Diktatur von links, die in ihren Folgen ebenso verhängnisvoll sein müßte wie ein Diktatur von rechts.

Ueber die Stimmung im Ruhrrevier, aus dem Bell am Montag nach Stuttgart zurückgekommen ist, sagte er u. a.: Ich habe in Essen den Eindruck gewonnen, daß die Organisationen der Beamten und der Bergarbeiter, wie die gesamte Bevölkerung überhaupt, den Berliner Hochverrat aufs schärfste verurteilen und ihm entschlossenen Widerstand entgegensetzen. Ueberall traf ich den einmütigen Willen an, treu zur verfassungsmäßigen Regierung zu stehen, die die einzig rechtmäßige Reichsgewalt darstelle. Auf die Frage, wie sich die Regierung zu etwaigen weiteren Verhandlungsvorschlägen Kapps verhalten werde, antwortete der Minister, die Regierung lehne jede Verhandlung mit Kapp nachdrücklich ab. Die einzige Bedingung ist der sofortige Rücktritt der Hochverräter und bedingungslose Räumung Berlins. Die Regierung wird den Berliner Hochverrat entschlossen und gebührend ahnden. Der Schluß der Unterredung galt der Frage, ob und inwieweit eine Umbildung der Reichsregierung in Frage kommen könne. Hierauf antwortete der Minister Bell: Die Reichsregierung war in voller Uebereinstimmung mit den Mehrheitsparteien und ohne den Berliner Putsch zu dem Entschluß gekommen, einzelne Ministerien mit Fachministern zu besetzen. Sie wird diesen Weg weitergehen, der mit den Verhandlungen zur Neubesetzung des Reichsfinanzministeriums mit einem Fachmann beschritten ist. Minister Bell schloß mit der Hoffnung, daß der Berliner Putsch in kürzester Zeit erledigt sein werde.

Der Reichsminister des Innern Dr. Koch (Kassel), der ebenfalls unsern Sonderberichterstatter empfing, bemerkte u. a.: Die Lage wird für uns von Tag zu Tag besser. Es kann kein Zweifel bestehen, daß der Putsch bald erledigt sein wird. Minister Koch sagte, sobald ein Putsch in den ersten Tagen nicht zum vollen Erfolg führe, kann er als gescheitert gelten. Es ist eine unbestreitbare Lücke in unsern strafgesetzlichen Bestimmungen, daß Hochverräter nicht auch an ihrem Vermögen bestraft werden können. Ein Gesetz ist bereits in Vorbereitung und soll der modernen Anschauung Rechnung tragen, daß der, der hochverräterische Handlungen begeht, für sie neben den andern Strafen auch mit seinem Vermögen büßen muß. Auf die Frage, ob die Regierung, wie es von andrer Seite angekündigt war, Neuwahlen in kürzester Zeit als ursprünglich vorgesehen anzusetzen gedenke, entwortete der Minister, daß sich das Kabinett mit dieser Frage noch nicht befaßt habe. Solange wir aus den politischen und wirtschaftlichen Wirren, in die dieser Putsch das deutsche Volk von neuem gestürzt habe, nicht heraus sind, sei diese Frage nicht zu erörtern.

*

General Groener zur Entwirrung

Von unserm Sonderberichterstatter

Frankfurt a. M., 17. März. (Eigener Drahtbericht)

Wie bekannt, hat General Groener, der frühere Chef des Eisenbahnwesens und der Nachfolger Ludendorffs war und als solcher in so hohem Maße das Vertrauen demokratischer und sozialdemokratischer Kreise genoß, daß er gehen mußte, an Hindenburg und an Ebert Depeschen gerichtet, deren Zweck es ist, einen Ausweg aus der gegenwärtigen Krise zu finden. Anläßlich dieses Vermittlungsversuchs befragte ein Journalist den gegenwärtig in Frankfurt wohnenden verdienstvollen General über die allgemeine Lage. General Groener, der ja alle jetzt im Vordergrund des Interesses stehenden Personen bestens kennt, sagte in der Hauptsache folgendes:

Da haben wir vor allem den General v. Lüttwitz. Er ist ohne Zweifel ein ganz ausgezeichneter Mann, ein tapferer Soldat, aber als Politiker einfach unzurechnungsfähig, kurz ein „Bulle". Kapp kenne ich nicht persönlich, aber nach alledem, was man von ihm weiß, kann man nur sagen, daß sich hier zwei „Bullen" vereinigt haben, um blind darauf loszugehen, statt die normale Entwicklung abzuwarten, die ja ihren Gang ganz von selbst hätte nehmen müssen. Dieser törichte Streich hat die Entwicklung nur aufgehalten.

Von der außenpolitischen Wirkung dieses Streiches möchte ich lieber gar nicht reden. — Es werden uns wieder Milliarden verloren gehen. Immer und immer wieder habe ich ihnen gesagt: Kinder, laßt die Hände von der Politik. Ihr versteht ja doch nichts davon. Es war umsonst. Aber auch der alten Regierung, die natürlich immer noch die einzige ist, habe ich schon vor vielen Monaten ihre Lage klargemacht. Ich habe ihr gesagt, daß ich sie innerhalb zweier Stunden wegfege, da sie nichts wert sei, sondern allein danach trachte, ihre Parteisuppe nicht kalt werden zu lassen. Allgemein gesagt, hat aber nicht eine der regierenden Parteien und auch keine einzige der Opposition einen klaren großen politischen Willen oder einen über den Tag hinausschauenden Blick. Einzig allein die Unabhängigen wissen, was sie wollen.

Ich darf wohl daran erinnern, daß ich schon im Frühjahr 1917 den damaligen Herren gesagt habe, wie alles kommen werde und kommen müsse. Aber man hat mir damals geantwortet: Ludendorff wird siegen. Ich sagte, Ludendorff wird nicht siegen, denn ich kannte die Verhältnisse weit besser als Ludendorff, der die unmöglichsten Illusionen hegte und zudem über seine Tagesarbeit nicht hinauszugehen vermochte. Ludendorff ist eben der Typus des unpolitischen Menschen. Er hat nur Sinn für Stand und Gefühl für das rein Militärische und sonst für nichts. Und infolgedessen läßt er sich auf andern Gebieten leicht beeinflussen.

Jetzt aber kommt es vor allem darauf an, was Hindenburg tun wird. Unternimmt er den Schritt nach Berlin, so wird die Lage rasch geklärt, die ganze Krise in einigen Tagen überwunden sein. Wir müssen zu einer Umbildung der heutigen Regierung, zu einem Uebergangsministerium gelangen. Kapp, Lüttwitz und alle andern Generäle müssen ausgeschaltet werden. Nur vernunftlose Leute gehören in das Kabinett und unter ihnen muß ganz ruhig Ebert sein, der lange nicht der Schlechteste ist und der einen weit größeren Einfluß hat und viel tätiger ist, als man allgemein annimmt. Aber nach meiner Meinung ist die Entscheidung beim alten Hindenburg.

Ueber die Frage seiner Präsidentschaftskandidatur habe ich mit ihm selbst vieles besprochen und ich glaube, er würde sich ein großes Verdienst dadurch erwerben, wenn er diese Kandidatur, die so ganz nur von der rechten Seite betrieben wird, ablehnen wollte. Ich würde es für das richtige halten, wenn dieser Mann dem gesamten deutschen Volke erhalten bliebe, als volle Persönlichkeit und in seiner menschlichen Größe.

Wie Sie wissen, habe ich auch an Ebert gedrahtet, aber ich habe von ihm noch keine Antwort erhalten. Woran das liegt, ist klar. Ebert ist ein vorsichtiger Mann. Er getraut sich nicht, etwas auf die eigene Kappe zu nehmen. Er wird nichts ohne die Regierung unternehmen und die Regierung nicht ohne ihre Parteien. Was allen diesen Leuten fehlt, ist die Freude an der Verantwortung. Nun, kehrt die Regierung die Vermittlung ab, dann wird auch Hindenburg die Finger davon lassen.

Ich habe Ebert schon früher gewarnt, Erzberger in das Kabinett hineinzunehmen, aber umsonst, und es ist doch wohl kein Zweifel, daß Erzbergers Anwesenheit im Ministerium in hohem Maße mit zu der gegenwärtigen Lage beigetragen hat. Der Schritt, den ich jetzt unternommen habe, hat nur den Zweck, daß beide Seiten die Bedingungen bekanntgeben, mit denen man verhandeln kann. Hindenburg soll als Treuhänder des deutschen Volkes walten. Mein Vorschlag hat das Ziel, ein direktes Herantreten an die Kapp und Lüttwitz zu vermeiden. Er bietet also den Ausweg für diejenigen, die nicht direkt mit den Berliner Usurpatoren in Verbindung treten wollen. Man kann nie genug betonen, daß der preußische Militarismus nicht nur abgewirtschaftet hat, sondern daß er vollständig entartet ist. — Man betrachte nur den Weg vom alten Kaiser und seinen Paladinen bis zur Erscheinung

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19200318/1